

Berlin/Kassel, Freitag 07. 08. 2015

Ansprechpartner: Kai Boeddinghaus  
Kontakt: kai.boeddinghaus@bfffk.de

Wörter: 238 Zeichen: 1794

**+++ Hamburger Handelskammer veröffentlicht Geschäftsführergehalt +++ 475.000 Euro pro Jahr plus Pension und Dienstwagen +++ Befürchtungen maßloser Selbstbedienung bestätigen sich +++ bfffk fordert Transparenz auch in weiteren IHK-Bezirken +++**

In einer Pressekonferenz hat die Handelskammer Hamburg gestern das Gehalt des Hauptgeschäftsführers veröffentlicht. Der bfffk begrüßt grundsätzlich, dass nach der IHK Kassel-Marburg nun auch die Hamburger Handelskammer als zweite IHK in Deutschland die Geheimniskrämerei beendet. Allerdings ist anzumerken, dass eine vollständige Transparenz im Hinblick auf weitere Pensionsleistungen im vermutlich 6-stelligen Bereich noch fehlt.

Die Befürchtungen hinsichtlich der maßlosen Selbstbedienung der Kammerfunktionäre haben sich für den bfffk nun erneut bestätigt. bfffk-Geschäftsführer Kai Boeddinghaus nennt das Gehalt von Schmidt-Trenz „*obszön*“. Denn bereits die 228.000,00 Jahresgehalt, die in der IHK Kassel-Marburg gezahlt werden, sind aus Sicht des bfffk völlig überzogen. Boeddinghaus erinnert daran, dass eine IHK sich eben nicht mit der freien Wirtschaft vergleichen kann. *„Eine IHK ist eine Behörde – in Selbstverwaltung – aber eine Behörde“*, unterstreicht der bfffk-Geschäftsführer. *„Es gibt kein Insolvenzrisiko, es gibt kein unternehmerisches Risiko, im Vergleich zu mittelständischen Unternehmen nur wenig Personal“*, erinnert er. *„Das wirklich Abstoßende ist doch“*, erläutert Boeddinghaus, *„dass der Hamburger Hauptgeschäftsführer selbst mit diesem überzogenen Gehalt selbst noch die kleinsten Mandatseinkünfte von ein paar Tausend Euro zusätzlich in die eigene Tasche steckt“*.

Nach Ansicht des bfffk muss es nun darum gehen, dass auch die restlichen IHKn nun ihre Geheimniskrämerei beenden und die vollständige Transparenz bei den Gehältern der Geschäftsführungsebenen mit allen Zusatzeinkünften herzustellen. Ohne Druck von außen – durch Politik, Presse und auch die Rechtsaufsichten – wird sich, das haben die Beispiele Kassel und Hamburg gezeigt, werden sich die Kammern nicht bewegen.